



**Auftakt zu Landtagswahl: Fischler fordert Rücktritt Schüssels als ÖVP-Klubobmann  
Seniorenbundobmann Khol mobilisiert „Burgwächter“**

**Richtungsstreit in Tiroler Volkspartei – Molterer: Das ist keine ÖVP-Debatte**

**Absolute Mehrheit droht verloren zu gehen**

**Liste Dinkhauser wirbt mit christlichsozialen Inhalten**

## Verspielt ÖVP-Tirol Wallnöfers Erbe?

**Van Staa: Niederlage wäre ein Super-Gau!**

*In Tirol wird im Juni ein neuer Landtag gewählt. Die Liste des Arbeiterkammer-Präsidenten Dinkhauser enthüllt einen Richtungsstreit zwischen Bauernbund und ÖAAB um die Führung in Partei und Land. Das Erbe Wallnöfers und die absolute Mehrheit im Landtag sind bedroht. Eine Erklärung des Tiroler Spitzenpolitikers Fischler spaltet die Landespartei und bewirkte heftige Debatten in der Bundespartei. Der frühere EU-Kommissar Franz Fischler (ÖVP-Bauernbund) hat mit einer Rücktrittsaufforderung für Wolfgang Schüssel in dessen Funktion als ÖVP-Klubobmann für Aufsehen gesorgt. „Wolfgang Schüssel ist allein durch sein Dasein in dieser Funktion ein Problem. Das glaubt er zwar nicht, es ist aber so. Er engt, wenn vielleicht auch nicht bewusst, den Freiraum von Parteichef Wilhelm Molterer ein“, wurde Fischler in der „Tiroler Tageszeitung“ (1. April 2008) zitiert. Der katholisch-konservative Ex-Nationalratspräsident Khol – ebenfalls Tiroler Politiker – mobilisierte den Seniorenbund als Burgwächter für den Klubobmann.*

**F**lugs entwickelte sich Fischlers Schüssel-Schelte zu einer Bundesdebatte über den Kurs der ÖVP. So auch in der Haltung zu den „warmen Brüdern und Schwestern“, deren Wünsche von einer parteiübergreifenden Lobby



WALTER RAMING

erfolgreich vertreten werden, zu denen sich auch händchenhaltende Zölibateure gesellen. Papst Benedikt hat in der Frage der schwulen ehemaligen Verantwortlichen des St. Pöltner Priesterseminars ein klares Machtwort gesprochen und die „Pfeiferluben“<sup>1)</sup> zu

Einkehr und Besinnung aufgerufen. Ihre Abberufung vom Priesterseminar wurde bestätigt und die Auflösung der Probstei des Ex-Verantwortlichen am St. Pöltner Priesterseminar angedroht, wenn der päpstlichen Entscheidung nicht Folge geleistet wird.

Unmut in katholischen Verbänden bewirkte im Zusammenhang mit der Schwulen-Lobby auch das neue „Statut über die kategoriale Seelsorge in der Erzdiözese Wien“,<sup>2)</sup> in der Organisationen der „gleichgeschlechtlich empfindenden Menschen“ eine amtskirchliche Mitwirkung eingeräumt wird, während traditionelle Laienverbände nicht mehr genannt werden.

<sup>2)</sup> Wiener Diözesanblatt, November 2007. Kommentar Prälat Dr. Gerhard Schultes, Reichsbund aktuell, Februar 2008

Hochgespielt in der Öffentlichkeit wurde ein angeblicher Gegensatz zwischen Umweltminister Josef Pröll, der Zukunftshoffnung, und Parteibobmann Willi Molterer in der Frage des Homosexuellen-Paktes, den die Koalition beschlossen hat, obwohl es nicht mehr um Inhalte, sondern nur noch um eine Frage der konkreten Durchführung – also eine Symbolik – geht: Soll die Unterschrift der „Ehe“-Partner – der Schwulen und Lesben – nur amtlich registriert oder doch auch mit einer standesamtlichen Zeremonie gefeiert werden?

Streng konservative katholische Gruppen haben die ÖVP-Führung bereits wissen lassen, dass damit die Volkspartei für sie nicht mehr wählbar geworden wäre.

### Pröll sieht keine Probleme mit Molterer

ÖVP-Vizechef Josef Pröll sieht keine Probleme mit Parteibobmann Wilhelm Molterer. Im „Kurier“ sagt Pröll auf die Frage nach Beziehungsproblemen zwischen Molterer, ÖVP-Klubobmann Wolfgang Schüssel und ihm: „Wenn man mit mir Hoffnungen verbind-

(Fortsetzung auf Seite 2)

### Aus dem Inhalt:

Tirol wählt.....	Seite 2/3/5/6
Der Bundespräses .....	Seite 3
Charlys Tagebuchnotizen .....	Seite 4
RB-intern .....	Seite 7

<sup>1)</sup> Ein deftiger Ausdruck für Homosexuelle aus der Militärsprache der Monarchie

## Tirol wählt

(Fortsetzung von Seite 1)

det, kann ich damit leben. Wenn man aber eine Bedrohung in mir sieht, ist das ein Angriff auf meine Loyalität.“

Bei Molterer habe er gelernt, wie die Dinge laufen, Schüssel habe ihn in die Politik geholt. „Beiden werde ich das nie vergessen. Damit ist alles gesagt.“

Zu den gegensätzlichen Standpunkten zwischen Molterer und ihm in der Frage, ob homosexuelle Partnerschaften beim Standesamt eingetragen werden oder nicht, sagte Pröll: „Das ist eine Frage der Vernunft und der Gerechtigkeit. Und keine Glaubensfrage.“



Josef Pröll/Wilhelm Molterer

Für mich gibt es hier nur zwei Glaubensfragen: Kein Adoptionsrecht sowie eine klare Unterscheidung von der Ehe.“ Es gelte, was er vor einem Jahr dazu geschrieben habe. Jedenfalls müsse eine Partei „über den Tellerrand der nächsten Wahlbewegung hinaus denken“, meinte Perspektiven-Pröll, der als Leiter der ÖVP-Erneuerungs-Perspektiven den „Marschallstab“ im Tornister tragen sollte.

Bis nun ist die Richtungsdebatte in der ÖVP eine Auseinandersetzung zwischen den Bauernbündlern Molterer, Pröll, Fischler, van Staa um

Führungsansprüche in Land und Bund, die nicht ohne galligen Humor kommentiert werden. So etwa in der Feststellung der Frau Außenminister Plassnik, bei Fischler handelt es sich um einen „alternden Tiroler Buben“. Nun, ihr Ex-Chef glänzt auch nicht mehr in strahlender Jugend und die „alten Tiroler Buben“ Khol und Kritzinger denken noch lange nicht an einen Abgang ins „Greisenasyl“.

„Das ist keine ÖVP-Debatte.“ Mit dieser Aussage reagierte Parteiobmann Molterer auf die Forderung des Tiroler ÖVP-Bauernbündlers Fischler. Womit er weiteren Schaden abwenden wollte. Die Attacke gegen den Altkanzler und ÖVP-Klubobmann Schüssel wird wohl auch als Paravent eines tiefgreifenden Führungskonfliktes in der Tiroler Volkspartei benutzt, hinter dem die Sorge um den drohenden Verlust der absoluten Mehrheit bei den bevorstehenden Landtagswahlen verborgen ist. Seit der Südtirolkrise 1961, den Sprengstoffanschlägen in der Herz-Jesu-Nacht, dem sich das „Heilige Land Tirol“ verschworen hatte, gab es keine ernsthaften Führungsprobleme.

Seit dem 1961 erfolgten Rücktritt des Tiroler ÖVP-Landesparteiobmannes, Südtirol-Landesrates und Mitgründer des BAS („Befreiungsausschusses Südtirol“) Aloys Oberhammer (ÖAAB) ist die nun entflammte Debatte die schwerste Krise in der Tiroler ÖVP, die Wallnöfers politisches Erbe bedroht, das noch von seinem Schwiegersohn Landeshauptmann van Staa gewahrt wird.

Gegen Fischlers Aussage rückten auch Innenminister Günther Platter, Tiroler ÖAAB, der Haider-Verbinder und Turnkamerad Minister Bartenstein, die Klubvizeobmänner und der Obmann

des Seniorenbundes Andreas Khol aus. Khol warnte vor „fünften Kolonnen in der ÖVP“ und verurteilte Fischlers Worte „schärfstens“. Schüssel sei für die ÖVP „unverzichtbar“. Nachdem einst Schüssels Wunsch nach des Finanzministers Grassers Berufung zu höheren Parteiweihen an Khols Ablehnung im Parteivorstand gescheitert war, ist sein „Nein“ zu Fischlers Schüsselschelte ein deutliches persönliches Bekenntnis zu den politischen Strategien des Klubobmannes, über die Fischler klagte:



Josef Pröll „am Ball“?

Schüssel agiere, meinte Fischler, im Hintergrund gegen die Führungsriege der SPÖ und handle damit so ähnlich wie ein Oppositionspolitiker. Sein „Freund Schüssel“ habe zwar Vizekanzler Molterer helfen wollen, als er nach seinem Rücktritt als Parteichef die Rolle des Klubobmannes übernahm, aber „diese Hilfe funktioniert so nicht“. Wenn Schüssel der ÖVP einen guten Dienst erweisen wolle, „und da bin ich mit meiner Meinung nicht der Einzige“, dann sollte er möglichst rasch seine Funktion als Klubobmann zur Verfügung stellen.

Fischler kann sich vorstellen, dass Schüssel als ÖVP-Spitzenkandidat seine Partei in die kommende Europawahl führt. Das würde dessen Chancen auf einen EU-Spitzenjob verbessern, so Fischler.

Als „berufsmäßigen Zwischenrufer“ bezeichnete

Fischler außerdem SPÖ-Oberösterreich-Chef Erich Haider. Dieser agitiere selbst gegen den „Common Sense“ innerhalb der SPÖ.

Zudem könnten viele der handelnden Personen nicht zwischen Privatmeinung, politischer Weltanschauung und professionellem Handeln unterscheiden.

### „Gegen die Vorherrschaft der Bauern in Tirol“

Fritz Dinkhauser sagt, er wolle, dass erstmals in Tirol kein Bauer Landeshauptmann werde, er wolle die Vorherrschaft der Bauernfunktionäre beenden und sich aktiv für die Rechte der Menschen einsetzen: „Das wäre einmal für viele gut in Österreich, nicht nur in Tirol. Ich glaube, dass es wieder Bürger braucht, die aufstehen. Das ist kein Politikerstaat, das ist ein Bürgerstaat; und das muss man in Österreich wieder merken und das Heft in die Hand nehmen“, so Dinkhauser, der seiner Bürgerliste Meinungsforschungs-Umfragen zufolge 15 bis 20 Prozent der Stimmen zutrauen würde.

Neben Dinkhauser sieht van Staa Gefahrenmomente auch durch die schlechte Performance der Wiener Bundesregierung heraufdämmern, erklärte der Landeshauptmann in einem News-Interview vor den niederösterreichischen Landtagswahlen. Für Tirol selbst, das Fritz Dinkhauser von der Bauernknechtschaft und den Agrargemeinschaften befreien will, sieht indes auch LH van Staa Handlungsbedarf. Zwar nimmt er die Bauern massiv in Schutz, sagt aber zugleich über die von Dinkhauser so scharf kritisierten Agrargemeinschaften: „Sie allein verantwortlich zu machen für höchste Grundstückspreise stimmt so nicht ganz ... aber ... dass es Unzukömmlichkeiten gibt, Auswüchse, das ist eine Sauerei

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Tirol wählt

(Fortsetzung von Seite 2)

und gehört rasch abgestellt.“ Er erwarte sich dazu vom Verfassungsgerichtshof eindeutige Entscheidungen, damit das Land gesicherte neue Gesetze erlassen könne.

Was die Landtagswahlen selbst angeht, wären die Verluste der absoluten ÖVP-Mehrheiten sowohl in NÖ wie auch in Tirol „der Super-Gau“, sagt van Staa, „aber der wird nicht eintreten. Weder in NÖ noch bei uns in Tirol.“

Für Niederösterreich hat van Staa recht behalten. Mit Landeshauptmann Pröll an der Spitze hat der christlich-soziale, weltoffene Kurs die NÖ-Volkspartei gestärkt. Prölls Wahlerfolg wird nicht ohne Auswirkung auf den Kurs und die Personalentscheidungen in der Bundespartei bleiben. Die „programmatischen Perspektiven“ des Junior-Pröll sind im Aufwind.

### „Manders isch Zeit“: Tiroler Freiheitskampf 1809–2009

1809 feuerte Andreas Hofer die Tiroler mit den Worten „Manders isch Zeit“ zum Freiheitskampf gegen Napoleon und seine bayrischen Hilfsgruppen auf. Zum zweihundertjährigen Jubiläum 2009 rüsten sich nördlich und südlich des Brenners, von Salurn bis Kufstein, dem Arlberg bis Lienz, die Patrioten. Zum Auftakt des Tiroler Gedenkjahres „200 Jahre Andreas Hofer 1809–2009“ gedachte man im April 2008 (Bild Seite 6) der Zugehörigkeit Tirols zu Österreich und der verlorenen politischen Einheit des Landes. Der Südtiroler aus dem Sarntal Helmuth Kritzinger, der neue

(Fortsetzung auf Seite 5)

## Liebe Bundesschwestern und -brüder!

**A**uf dringenden Wunsch unseres Bundesobmanns hat die Bundesleitung des Reichsbundes für heuer wieder ein Jahresthema beschlossen, das unsere Arbeit im Reichsbund, aber auch



BUNDESPRÄSES PRÄLAT DR. GERHARD SCHULTES

den Einzelnen in seiner persönlichen Lebensgestaltung begleiten soll. Im Anschluss an die letzte Papstencyklika lautet es „*Hoffnung leben*“. Es ist dies ein Appell an uns zu einer optimistischen Lebenshaltung, die aus unserem christlichen Glauben kommt, der uns über dieses irdische Leben hinausweist.

Während unsere Welt von einem naiven Fortschrittsglauben geprägt ist, bekennen wir uns dazu, dass der Mensch darauf angelegt ist und von Christus dazu erlöst wurde, in Gott seine Vollendung zu finden. Diese Hoffnung soll uns die Kraft geben, die Mühen dieses Lebens geduldig zu ertragen und all das Schöne, das wir erleben dürfen, als Vorgeschmack des ewigen Lebens dankbar anzunehmen.

Es ist nicht möglich, die sehr klaren und tief-schürfenden Überlegungen des Papstes zum Thema „*Hoffnung*“ in wenigen Zeilen wiederzugeben, daher möchte ich mich auf das abschließende Kapitel „*Lern- und Übungsorte der Hoffnung*“ beschränken. Im ersten Abschnitt widmet sich der Papst dem Gebet

als Schule der Hoffnung. Er verweist auf das Zeugnis christlicher Märtyrer und Bekenner, denen das Gebet der Anker war, ihre Qualen zu erdulden. Mit dem hl. Augustinus nennt er das Gebet die „*Übung der Sehnsucht*“ und stellt dessen reinigende Kraft heraus. Er weist darauf hin, dass rechtes Beten auch persönliches Bemühen voraussetzt und dass es auch Trockenheit und scheinbare Gottesferne zu überwinden gilt. Das Gebet als Ausdruck unserer Hoffnung hält uns die Welt für Gott offen.

### Hoffnung leben

Das zweite Kapitel steht unter der Überschrift „*Tun und Leiden als Lernorte der Hoffnung*“.

Alles ernsthafte und rechte Tun des Menschen ist Ausdruck seiner Hoffnung, die über das jeweils Erreichbare hinausgeht. Auch wenn die Erfüllung der Hoffnung, das Reich Gottes, Geschenk ist, so soll doch das Tun des Menschen darauf gerichtet sein. Wie das Tun gehört auch das Leiden des Menschen zu seiner Existenz. Dieses ist sowohl Folge seiner Endlichkeit wie seiner Schuld, die er im Leben aufhäuft. Der Papst schreibt dazu: „*Nicht die Vermeidung des Leidens, nicht die Flucht vor dem Leiden heilt den Menschen, sondern die Fähigkeit, das Leiden anzunehmen und in ihm zu reifen, in ihm Sinn zu finden durch die Vereinigung mit*

Christus, der mit unendlicher Liebe gelitten hat.“ Nicht nur der hoffnungsvolle Umgang mit dem eigenen Leiden, sondern auch das Verhältnis zum Leiden bestimmen das Maß der Humanität des Einzelnen wie der Gesellschaft.

Das dritte Kapitel befasst sich mit dem Gericht als Lern- und Übungsort der Hoffnung.

Der Papst rückt die Fehlentwicklung der Neuzeit zurück, in der das göttliche Gericht individualisiert und nur im Hinblick auf das eigene Seelenheil betrachtet wurde. Der Gedanke an das Gericht soll im Menschen das Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott stärken.

„*Gott ist Gerechtigkeit und schafft Gerechtigkeit. Das ist unser Trost und unsere Hoffnung*“: So der Papst. In der Gerechtigkeit Gottes ist auch zugleich seine Gnade. Er schließt das Kapitel mit der Aufforderung: „*Als Christen sollten wir uns nie nur fragen: Wie kann ich mich selber retten? Sondern auch: Wie kann ich dienen, damit andere gerettet werden und dass anderen der Stern der Hoffnung aufgeht? Dann habe ich am meisten auch für meine eigene Rettung getan.*“

In der Hoffnung, dass das Leitthema „*Hoffnung leben*“ von vielen aufgegriffen und nach Kräften verwirklicht wird, grüße ich alle Bundesschwestern und -brüder von Herzen.

Euer Bundespräsident  
Gerhard Schultes

# Charlys Tagebuchnotizen

## Regierungsübereinkommen!

Die SPÖ, auch die Oppositionsparteien (die ja schon zum dritten Mal eine gemeinsame Achse gegen die ÖVP gebildet haben) und vor allem viele Zeitungen versuchen der ÖVP die



Punze des „Nein-Sagers“ aufzupicken. Dass die Oppositionsparteien

MAG. FRANZ KARL

und viele rot-grüne Journalisten vom Regierungsprogramm nichts wissen wollen, ist verständlich.

Dass aber die SPÖ versucht, ständig das von ihr beschlossene Regierungsprogramm (wo sich zugegebenermaßen die ÖVP [= Vernunft] stärker durchgesetzt hat) umzuschreiben, ist schändlich. Und am meisten regt mich das Spiel auf, Wolfgang Schüssel zum Buhmann dieser Koalition hochzustilisieren. Er, der die Wahl verloren hat, weil er an die Zukunft dieses Landes gedacht hat (und weil er halt ein bißchen zu viel von sich eingenommen war – aber er war gut und durfte es daher sein), wacht über die Durchführung dieses Regierungsprogrammes und wird daher ständig von allen, die es umschreiben wollen, angegriffen.

Nun soll man – als Großkoalitionär, der ich noch immer bin – auch die Probleme der SPÖ sehen. Nach zwei vernichtenden Nieder-

lagen in Graz und in Niederösterreich war es für Gusi natürlich sehr schwer und er musste einen „Erfolg“ heimbringen. Dass dies bei den Roten meist mit der Vernichtung jeder halbwegs vernünftigen Budgetpolitik einhergeht, ist seit Kreiskys Zeiten selbstverständlich. Und so ist der „österliche Kompromiss“ doch halbwegs positiv zu sehen. Weil zu sagen, der Finanzminister hat ohnehin mehr eingenommen, also hinaus mit dem Geld, ist bei unserem Schuldenstand und Budgetdefizit ganz einfach unverantwortlich. Problem bleibt: Der Mittelstand bekommt derzeit nichts, und das ist natürlich schlecht, weil das sind die Leistungsträger! Aber: Mit unter 1.000 Euro im Monat zu leben, ist sicher eine Kunst und als Christlichsoziale kann man daher sicher mehr für die Ärmern tun.

Das Beste aber ist, dass nun ein Arbeitsplan vorliegt, der auch erfüllt werden sollte (wobei ich bei der Homofrage noch immer für einen Vertrag beim Notar und nicht beim Standesamt bin). Man hat der Schüssel-Regierung immer das „Speed kills“ vorgeworfen, aber es war ihr Vorteil, dass dort rasch etwas weiterging. „Ein Jahr ist wie ein Tag“, das Motto der Wiener Sozialisten im Rathaus, brauchen wir wirklich nicht!! Arbeitet endlich das Regierungsprogramm ab – das ist die Pflicht dieser Regierung!!

## Unwertes Leben?

Nicht zum ersten Mal fällt ein Gericht das Urteil, dass ein behindertes Kind ein „Schadensfall“ sei. Wieder ist einem Arzt, einem Krankenhaus eine mögliche Behinderung nicht aufgefallen und nun ist an die Eltern Schadenersatz zu leisten. Die Mutter konnte nicht mehr abtreiben (dazu später einige Bemerkungen) und brachte ein behindertes Kind zur Welt.

Nun mag der Spruch formal irgendwelchen Rechtsgrundsätzen entsprechen, aber sofort erinnerte ich mich an den Ausspruch: „Was Recht ist, muss nicht gerecht sein!“ Ich sage aber deutlich, es ist nicht nur nicht gerecht, es ist ein Skandal von ungeheuerlichen Dimensionen. Ich frage mich, welche Menschen sind diese Richter in diesem Gerichtshof, können sie sich nach diesem Urteil morgens noch in den Spiegel schauen? Sie haben damit festgestellt: Behinderte Kinder sind ein Schaden, sind „lebensunwert“, gehören jedenfalls abgetrieben – ärger war es zwischen 1938 und 1945 auch nicht!!

Sie haben damit auch die Fristenlösung, die eine Abtreibung zwar weiter als Unrecht ansieht, aber im Allgemeinen bis zum dritten Monat straffrei stellt, zu einem einzufordernden Recht gemacht! So wird der Rechtsstaat zum Richterstaat – verfassungsrechtlich äußerst bedenklich!!

Damit bin ich beim § 97 Abs. 1, Z. 2 Strafgesetzbuch, dass es keine zeitliche Beschränkung für eine Abtreibung gibt, wenn „eine ernste Gefahr besteht, dass das Kind geistig oder körperlich schwer geschädigt sein werde“ – der sogenannten „eugenischen Indikation“.

D.h. im Klartext nichts anderes, als dass ein möglicherweise behindertes Kind bis 1 Sekunde vor der Geburt abgetrieben werden kann – daher hätte obige Frau ja auch spät, sehr spät noch abtreiben können. Diese Bestimmung wird seit Jahren von allen Behindertenverbänden und natürlich auch von der Kirche mit Nachdruck bekämpft, von der SPÖ und den Grünen aber meist stark verteidigt. Auch ich habe seinerzeit 1999/2000 als Vorsitzender der „Arbeitsgruppe zur Bereinigung behindertendiskriminierender Bestimmungen“ im Wiener Landtag und Ge-

meinderat für einen Antrag auf Aufhebung gekämpft (aufgehoben kann natürlich nur durch Nationalratsbeschluss werden – mit einfacher Mehrheit), die SPÖ hat sich aber nicht zu einer Zustimmung durchringen können. Allerdings ist es auch nicht gelungen, die ÖVP und ihren Koalitionspartner in der Zeit 2000 bis 2006 zur einer mehrheitlichen Beschlussfassung in dieser Frage zu veranlassen. Hier zeigt sich in verhängnisvoller Weise die normative Kraft des Faktischen! Aber gerade Christen, die ihre christliche Verpflichtung zur Gestaltung der Welt ernst nehmen und in der Politik tätig sind, sollten hier nicht aufgeben!!

Meiner Ansicht nach widerspricht der Urteilspruch aber auch dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz – ich wäre sehr froh, wenn hier seitens einer Behindertenorganisation ein Verfahren in die Wege geleitet werden würde!!

Die Problematik für die Ärzte will ich hier gar nicht ansprechen, obwohl ich hier auf ihrer Seite bin – sie haben genügend starke Lobbies, um sich hier zu wehren!

Damit im Zusammenhang ist aber auch die Frage der Stammzellenforschung zu sehen, von denen viele Leute „Heilsversprechungen“ (Univ.-Prof. DDR. Huber, ehem. Leiter der Bioethikkommission der Bundesregierung) mitnehmen, die keineswegs gerechtfertigt sind. Diese Forschung ist „teilweise noch auf dem Stand der Alchemie“ (Huber). Daher war die Haltung der ÖVP in der Regierung 2000–2006 zum Forschungsprogramm der EU gut und richtig – nämlich die verbrauchende Embryonenforschung abzulehnen. Dabei bin ich selbst von der Wichtigkeit dieser Forschung überzeugt, lehne aber die Tötung von Embryos zu Forschungszwecken ab. Hier wird man sicher mit adulten Stammzellen, mit Nabelblut-Stammzellen und anderem auch zum wichtigen Fortschritt kommen.

Tun wir alles, was notwendig ist, Krebs, MS, Muskelschwund, Alzheimer und vieles andere heilen zu können, aber vergessen wir dabei nicht unsere ethischen Grundsätze: Man kann nicht den Himmel erreichen, indem man sich mit dem Teufel verbündet!!

## Tirol wählt

(Fortsetzung von Seite 2)

Vorsitzender des österreichischen Bundesrates, hat eine bewegte politische Laufbahn, die zutiefst ein Spiegelbild Tiroler Nachkriegsgeschichte ist. Kritzinger, nun der dritte Mann nach Bundespräsident und Nationalratspräsident in der politischen Hierarchie der Republik, ist auch Obmann des Tiroler ÖVP-Seniorenbundes. In seiner Südtiroler Heimat, die er 1962, als von Verfolgung bedrohter Sympathisant der Sprengstoffanschläge in der „Herz-Jesu-Feuernacht“ und des entflammten Südtiroler Radikalismus plötzlich verlassen musste, ist man stolz auf den einstigen SVP (Südtiroler Volkspartei) Gemeinderat im Sarntal.

Tirol erlebt bewegte Zeiten. Für die ÖVP könnten die Landtagswahlen zu einer dramatischen Entwicklung führen und für 2009 kündigt sich ein brisantes Jubiläum an: In Tirol diesseits und jenseits des Brenners laufen die Vorbereitungen zum 200-jährigen Jubiläum des Tiroler Freiheitskampfes von 1809 an. Wie werden die Erben des Andreas Hofer und des Ringens um die Südtirol-Autono-

mie das Festjahr begehen? Das Jubiläum 1958/59 bewirkte ein Erwachen des Tiroler Selbstbewusstseins. Selbstbestimmung für Südtirol, ein Tirol! Los von Trient waren die Parolen und Zielsetzungen! Nordtiroler ÖVP-



Franz Fischler

Politiker, Sozialdemokraten, Patrioten aus Österreich, Süddeutschland, Studenten des CV und des nationalliberalen Lagers, Südtiroler Schützen, Priester, Publizisten, Verleger – um nur einige in Erinnerung zu rufen – vereinten sich zu einem Ziel: Autonomie für Südtirol. In der überparteilichen „Union für Südtirol, vom Osttiroler ÖVP Nationalrat und Reichsbündler Kranebitter (Lienz) gegründet, wurde ein beeindruckendes und politisch-publizistisches einflussreiches Netzwerk der Bürgergesellschaft geschaffen.

Mit dem steinigen jahrzehntelangen Weg bis zur Verwirklichung der Autonomie sind Menschen verbunden, die

Ehre und geschichtliche Anerkennung verdienen. So der legendäre Landeshauptmann Eduard Wallnöfer, der getreue Botschafter Ludwig Steiner, der Südtiroler Landeshauptmann Magnago, die SVP-Politiker wie SVP-General-



Wolfgang Schüssel

sekretär Stanek, die Abgeordneten Benedikter, Dietl oder der österreichische Südtirol-Staatssekretär Gschnitzer, langjähriger Obmann des Berg-Isel-Bundes, und der ÖVP-Landesparteiobmann von Tirol Landesrat Aloys Oberhammer.

Das gilt – so meine ich – auch für manche Persönlichkeiten, die in unserer von Wohlstandsverwahrlosung bedrohten Zeit unbequeme Erinnerungen wachrufen – Patriotismus ist zur Worthülse verkümmert. Ein öffentliches Bekennen fällt schwer. 2009 ist eine Chance sich auf ehrenwerte Menschen zu erinnern!

In den verschiedenen Tiroler Traditionsverbänden – etwa in Nord- und Südtirol, Österreich, Bayern – erwartet man mit wacher Aufmerksamkeit auch das Engagement der beiden Südtiroler Politiker Khol und Kritzinger um das Festjahr 200 Jahre Andreas Hofer und die Erinnerung an Margarete Maultasch, die einst Tirol zu Österreich brachte.

Der Weg nach Europa ist heute für Tirol, Österreich und Italien ein gemeinsamer geworden. Mit Südtirols Autonomie ist Wien, Rom und Bozen ein brauchbares

Modell des Miteinander gelungen. Südtirols Landeshauptmann Durnwalder ist in unserer politisch unruhigen Zeit ein beeindruckender Pol bester Tiroler Haltung im Geiste Wallnöfers und des Kanonikus Gamper geworden. Sein Beispiel gibt Hoffnung.

**Khol: „Leistungsfähigkeit hat kein Alter!“**

Besonders begrüßte der Obmann des Seniorenbundes Andreas Khol den neuen Vorsitzenden. „Helmut Kritzinger ist ein ganz besonders treuer Freund und ich gratuliere ihm ganz herzlich zu dieser Krönung seiner ohnehin schon äußerst beachtlichen Karriere. Außerdem ist es ein Zeichen der Stärke für alle Seniorinnen und Senioren, dass ein 79-Jähriger das dritthöchste Amt des Staates innehat.“ GR Helmut Kritzinger ist Landesobmann des Tiroler Seniorenbundes. Er ist nun zudem der älteste



Helmut Kritzinger

Bundesratspräsident in der Geschichte der Republik Österreich. Khol: „Helmut Kritzinger war schon immer unermüdlich. Ich bin mir sicher, dass er mit seiner Amtsführung allen Kritikern beweisen wird, dass Leistungsfähigkeit kein Alter hat.“

Auch Andreas Khol ist Südtiroler Abstammung. Den Namen Andreas wählten seine Eltern wohl als Bekenntnis zur verlorenen Heimat, als er 1941 in Norddeutschland, Bergen, geboren wurde, wo seine Eltern nach dem Hitler-Mussolini-Abkommen 1939, das die Umsiedlung der Süd-

(Fortsetzung auf Seite 6)



Andreas Khol hängt als Relief im Parlament

## Tirol wählt

(Fortsetzung von Seite 5)

tiroler in das Großdeutsche Reich vorsah, leben mussten. Erst das Gruber-Degasperi-Abkommen ermöglichte nach dem Kriegsende die Heimkehr der Südtiroler Optanten.

*Ein Bild des christlich-sozialen Arbeiterkammerpräsidenten Fritz Dinkhauser, ein Tiroler Revoluzzer gegen den materialistischen und lobbyistischen Zeitgeist, findet sich in der „Wiener Zeitung“, dem Amtsblatt der Republik.*

### Fritz Dinkhauser

Von Katharina Schmidt / „Wiener Zeitung“

Volksnah, kämpferisch und wortgewandt: Fritz Dinkhauser vergleicht sich nicht nur gerne selbst mit Andreas



*In der Minoritenkirche in Wien wurde im Beisein von (v.l.n.r.) Tirols Landeshauptmann Herwig van Staa, Bundesministerin Claudia Schmid, der Südtiroler Landesrätin Sabina Kaslatler-Mur, dem Vorsitzenden des Bundesrates Helmuth Kritzinger und eines Vertreters der Tiroler Schützen eine Gedenktafel zu Ehren der Tiroler Landesfürstin Margarethe Maultasch angebracht. Die Tiroler Landesfürstin Margarethe Maultasch starb im Jahre 1369 im Alter von 51 Jahren in Wien und wurde in der Minoritenkirche beigesetzt.*

Hofer, er wird offenbar auch von seinen Landsleuten als moderner Volksheld wahrgenommen.

Eine Umfrage im vergangenen Jahr zeigte etwa, dass der Präsident der Arbeiterkammer Tirol einem Viertel der Tiroler als „sehr sympathisch“ gilt. Landeshaupt-

mann Herwig van Staa landete nur auf Platz vier. Inwieweit Dinkhauser seine Beliebtheit für sich nutzen kann, wird 2008 die Landtagswahl zeigen, wenn der streitbare Arbeitnehmervertreter gegen Bauernbündler van Staa in den Ring steigt.

Punkten will der 67-Jährige

mit dem Schlagwort „Erneuerung“. Zwar eckt Dinkhauser damit bei den alten Granden der ÖVP-Tirol an, jedoch sehen viele ihn auch als Integrationsfigur über die Parteigrenzen hinweg.

Denn seine Ideen eines „freien, liberalen Klimas“ und des „Widerstands gegen die Diktatur einiger weniger Grundbesitzer“ ist schließlich



Revoluzzer in der ÖVP:  
Fritz Dinkhauser/apa

etwas, dem jeder etwas abgewinnen kann – bei Hofer, bei Robin Hood, im Märchen.



manches  
möglich  
machen ...

... wie die Erhaltung der wertvollen Bestände der Österreichischen Nationalbibliothek, eine der schönsten Bibliotheken. Unter Kaiser Karl VI. erbaut, beherbergt der barocke Prunksaal heute rund 200.000 Bücher, darunter Werke wie „Astronomicum Caesareum“ – ein durchgehend koloriertes Buch aus dem Jahr 1540, welches die Auslegungen und Instrumente der Astronomie genauestens beschreibt. Wir unterstützen die Erhaltung dieser historischen Kostbarkeiten.

www.lotterien.at



österreichische  
LOTTERIEN

# RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM – RB-TELEGRAMM

## Wir gratulieren!

### 60. Geburtstag

Robert Brandl

### 65. Geburtstag

Prof. Mag. Franz KARL  
RB Landesobmann Stmk.  
Wolfgang Wratschgo

### 70. Geburtstag

Mag. Rudi Klaban

### 80. Geburtstag

Johann Artner

### 95. Geburtstag

Anna Schlederer

### Goldene Hochzeit

Maria und Franz Letz

### Gold. Kammermed. LLK NÖ u. Gold. L. Figl-Med. NÖ BB

ÖR Rudolf Schwarzböck

### ÖAAB Ehrenring

BM a.D. Dr. Robert Lichal

### Präsident Katholischer Laienrat Österreichs

HR Prof. Mag. Wolfgang  
Rank

## St. Thekla

29.4. und 20.5.2008 jeweils um  
12 Uhr

Mittagstreff im GH SULZER,  
Wien 4, Ecke Kolschitzkygasse/  
Graf-Starhemberg-Gasse.

17.6.2008 um 15 Uhr

Treffen im WEINKRUG Ober-  
laa, Wien 10, Neugrabeng. 59.

## Ottakring

24.4.2008

Autobusfahrt nach Weitra im  
Waldviertel. Abfahrt 7.45 Uhr  
Starchant, 8 Uhr Pfarre Alt Otta-  
kring.

13.5.2008, 14.30 Uhr

Klubnachmittag.

10.6.2008

Autobusfahrt Stift Göttweig  
„Hummel Ausstellung“. Abfahrt  
8.15 Uhr Starchant, 8.30 Uhr  
Pfarre Alt Ottakring.

10.6.2008, 14.30 Uhr

Klubnachmittag.

26.6.2008

Autobusfahrt Riegersburg  
„Schoko-Erzg. Zotter“. Abfahrt  
7.45 Uhr Starchant, 8 Uhr Pfarre  
Alt Ottakring.

## Döbling

26.4.2008 um 19 Uhr, im Rah-  
men der Bezirksfestwochen  
„Akademisches Kammer-  
ensemble Wien“.

6.6.2008 um 19 Uhr, „Brot und  
Wein aus Döbling“ mit den  
„Hernalser Buam“ – Gut Essen  
und Trinken.

Beide Veranstaltungen im Ver-  
einshaus Wien 19, Hohenauer-  
gasse 12.

## Gut Freund

28.4.2008 um 18 Uhr, „Mütter  
und Frauen sind willkommen“.

26.5.2008 um 18 Uhr, im Rah-  
men der Bezirksfestwochen  
„Musik für Augen und Ohren“.  
Beide Veranstaltungen im Ver-  
einslokal Wien 20, Ospelgasse  
30.

Jeden Dienstag ab 16 Uhr sind  
Mitglieder und Freunde bei den  
Klubabenden im Vereinslokal  
Wien 20, Ospelgasse 30 her-  
zlich willkommen, für Unter-  
haltung Essen und Trinken ist  
immer vorgesorgt.

31.5.2008 Autobusfahrt ins Bur-  
genland, Anmeldungen Tel.  
0664/160 91 46 oder bei den  
Klubabenden am Dienstag.

## Niederösterreich

29.3. – 19.10.2008

„Indianer – Ureinwohner Nord-  
amerikas“ auf der Schallaburg.

## Hollabrunn

Am 6.4.2008 wurde unter dem  
Vorsitz von Obmann Hubert  
Angelis die Jahreshauptver-  
sammlung der Bezirksgruppe  
abgehalten. BO Taborsky hielt  
das Hauptreferat.

28.6. – 6.7.2008

Autobusfahrt nach Lourdes.  
Preis inkl. HP p.P. € 889,-, An-  
meldungen bei Bbr. Franz  
Berger, Tel. 02952/4303.

## RB Europajugend Gleisdorf

Das 2. Schüler Badminton-  
Ranglistenturnier in Weiz er-  
brachte folgende Platzierungen:

1. Melanie Krautwaschl,  
DE U 13;
2. Christian Bscheiden,  
HE U 15;
3. Roman Bernauer, HE U 13.

Am 5.4.2008 wurde in Kufstein  
dem Sektionsleiter für Wandern,  
Bbr. Franz Pieber in Würdigung  
um den völkerverbindenden und  
friedfördernden internationalen  
Volkssport für die erfolgreichen  
Durchführungen der IVV-Ver-  
anstaltungen in Österreich eine  
Ehrenurkunde übergeben.

Bei der Hauptversammlung des  
RB Steiermark wurden folgende  
Bsr. und Bbr. in den Vorstand  
gewählt:

LO Wolfgang Wratschgo, Stv.:  
Hermann Winkler, Kassier:  
Claus Schwarz, Stv.: Margit  
Schrattner, Schriftführer: Her-  
mine Püringer, Stv.: Hans Rei-  
singer, Beiräte: Josef Halbwedl,  
Edith Reisinger, Josef Schwarz-  
bauer, Revision: Astrid Dopona,  
Erika Weitzer.

## In eigener Sache:

Bitte unterstützen Sie uns!  
Mit Ihrem Beitrag von nur

€ 16,-

ermöglichen Sie den  
Fortbestand  
unserer Schriftenreihe  
auch im 62. Bestandsjahr.

Für Ihre Unterstützung  
danken wir im Voraus!

Bitte beachten Sie  
den beiliegenden  
Zahlschein!

## 100. Geburtstag

5. April 2008

Herbert v. Karajan



## Unsere Toten

Magda Baum, Wien

Karl Bauregger, Wien

Prof. Helmut Dembscher,  
Wien – Stmk.

Horst Haller, Wien

Prof. Dr. Manfred Mautner  
Markhof, Wien

Komm. Rat Hans Roth,  
Gnas / Stmk.

Adalbert Stich, Wien

## Moslems überholen zahlenmäßig Öster- reichs Protestanten

In den letzten 35 Jahren hat  
sich die Zahl der Muslime in  
Österreich mehr als versieb-  
zehenfacht. Der Islam ist mitt-  
lerweile die zweitgrößte  
Religion Österreichs.

Verluste muss auch die ka-  
tholische Kirche verzeich-  
nen. Sie hatte 1971 noch 6,5  
Millionen Mitglieder, 2006  
waren es knapp eine Million  
weniger.

IK-Nachrichten 1/2008

## Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 5. Juni 2008

Reichsbund-aktuell mit Sport. –  
Herausgeber, Medieninhaber (Ver-  
leger) und Hersteller: Reichsbund,  
Bewegung für christliche Gesell-  
schaftspolitik und Sport, 1080  
Wien, Laudongasse 16, Tel. + Fax  
(01) 405 54 06. – Herstellungsort:  
Wien. Offenlegung nach § 25  
Mediengesetz: Grundsätzliche  
publizistische Richtung des  
Reichsbundes: Information und  
Schulung unserer Mitglieder im  
Sinne der christlichen Welt-  
anschauung und Förderung der  
Jugend durch Sport. Redaktion:  
Mag. Franz Karl, Walter Raming  
(Politik und Wirtschaft), Franz  
Lugmayer (Kultur), Rudolf  
Taborsky (RB-intern, Sport, Lay-  
out, Fotos). Es gilt die Anzeigen-  
preisliste 9 vom 1. Jänner 1993.  
Bankverbindung: Raiffeisen-  
landesbank NÖ-Wien, Reichs-  
bund, Kto. 86454, BLZ 32000.

# Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand!

## Neue Chance oder Gefahr?

Die Vision und Idee, aber auch die Forderung unserer Bewegung nach finanzieller Unabhängigkeit der ArbeitnehmerInnen, von Eigentumsbildung und Selbstverwirklichung ist „uralt“. Es ist in den letzten Jahren im Bereich Sozialpolitik zwar einiges gelungen, für dieses Thema waren aber die Gesprächspartner eher nicht zu gewinnen. Im Reichsbund hat das Thema Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand seit Jahrzehnten einen ganz besonderen Stellenwert.



WALTER ZWIAUER

Nun sind in manchen Betrieben die andiskutierten Modelle umgesetzt worden. Teils waren es Betriebe mit strukturellen Schwierigkeiten, aber auch durchaus starke Betriebe haben Mitarbeiter-Beteiligungen verwirklicht, wie z.B. OMV, Telekom, RHI VOEST, AMAG, Flughafen. Es werden aktuell in einigen Versicherungen Überlegungen in diese Richtung angestellt, aber auch der private Aktien- und Hedgefonds-Markt wurde für den „einfachen“ Angestellten salonfähig gemacht.

Die weltwirtschaftliche Lage befindet sich zwar im Moment in einem Tief, aber durch internationale Mitbestimmung und Verständnis für die Mechanismen des Marktes könnte da noch vieles verwirklicht werden.

Die derzeitige öffentliche Diskussion macht mich einigermaßen betroffen, denn zum Beispiel bangen 200.000 MitarbeiterInnen aus eingangs erwähnten Betrieben um ihre Beträge aus den Beteiligungen. Die geplante „Vermögenszuwachssteuer“ kann nicht der richtige Weg sein. Sicher ist es wichtig, das Gesundheitssys-

tem aufrechtzuerhalten, aber zu glauben, dass man das in der Form umsetzen kann, ist einfach nicht der richtige Ansatz. Damit beschädigt man den ganzen Sektor Zukunftsvorsorge.

Leider melden sich zu dem Thema nicht nur Fachleute zu Wort, sondern „alte Sozialromantiker“, die die Zusammenhänge in den Betrieben nicht kennen, sondern ihre Aufgabe in parteipolitischer Grundhaltung sehen und irgendwelche Wahlen gewinnen wollen.

Die Fraktion Christlicher Gewerkschafter in der Gewerkschaft der Privatangestellten – DJP hat dazu im Herbst 2007 Stellung bezogen:

Es sollte kein Arbeitgeber daran gehindert werden, seinen MitarbeiterInnen mehr zu geben als der Kollektivvertrag vorsieht.

Im Gegenteil, dies sollte auch gefördert werden. Doch nur unter Einhaltung von Spielregeln und gemeinsam mit den VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen im Rahmen der betrieblichen Sozialpartnerschaft. Diese Spielregeln betreffen vor allem den Grundsatz, dass Mitarbeiterbeteiligungsmodelle nicht die kollektivvertraglichen Erhöhungen oder einzelvertragliche Entgelte schmälern. Es geht hier immer um einen zusätzlichen Faktor. Auch die Wahlfreiheit des Modells, die Informationsverpflichtung und einige andere Parameter sind einzuhalten.

Unsere Forderungen sind klar definiert. Bei allen MitarbeiterInnenbeteiligungsmodellen soll der Abschluss einer Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat verpflichtend sein. Die steuerliche Behandlung der Gewinnbeteiligungsmodelle soll mit einem Fixsteuersatz ähnlich der Abferti-

gungsbesteuerung (6%), jedoch höchstens im selben Ausmaß wie der Kapitalertragssteuer (25% absolut) erfolgen. Weiters fordern wir die Aufhebung der Sperrfristen bei steuerlichen Vorteilen aus Kapitalbeteiligungen. Die Vermögenszuwachssteuer führt alle diese Überlegungen natürlich mehr als nur ad absurdum. Die Regierung hat sich nach ihrer Streitphase um Themenvorherrschaft nun im Zuge der Steuerreform in der Kombination mit der Gesundheitspolitik einen teuflischen Plan ausgedacht.



Um die „kranken Kassen“ zu retten, werden die angeblich „Reichen“ zur Kassa gebeten. Aufgrund der Tatsache, dass neun bis zwölf Prozent der Be-

völkerung 50 Prozent der Steuerlast tragen, ergibt sich der Schluss, dass die Angestellten von dieser Maßnahme am meisten betroffen wären. Wo es früher nicht üblich war, dass Beschäftigte in ihre Betriebe und damit in die Wirtschaft investieren, so konnten sie in den letzten Jahren durch zahlreiche vertrauensbildende Maßnahmen zunehmend dafür gewonnen werden. Sie sind jetzt sicher nicht jene, die zum Sanieren des gesamten Gesundheitssystems herangezogen werden dürfen. Wenn von gerechter Verteilung die Rede

ist, sollte man auch erklären, was man damit meint. Man bedenke, dass es gerade die Angestellten waren, die mit einer Selbstverständlichkeit in der Frage der „Abfertigung neu“ oder bei der KEST mit gutem Beispiel vorangegangen sind, können es doch jetzt nicht wieder genau dieselben Angestellten sein, die diese Probleme lösen.

Die letzten Monate haben wie in einem „Sozialbilderbuch“ gezeigt, wie verantwortungslos teilweise an die Probleme herangegangen wird. Der Sozialminister mischt sich in die Kollektivvertragsverhandlungen ein und fordert 4 Prozent, die notwendig sind, um die Kaufkraft zu erhalten, aber keine Branche hat das bisher erreicht. Dann war da noch die Einmalzahlung! Eine Einmalzahlung löst Probleme der Menschen nicht nachhaltig. Es ist politischer Gag, um EINMAL gut dazustehen.

Die Themen Zukunftsvorsorge und Gesundheit müssen ganz einfach ohne die parteipolitische Brille diskutiert werden. Die Lösung sollte auf parlamentarischer sowie auf sozialpartnerschaftlicher Ebene gefunden werden. Zu diesem Zweck haben wir die nötigen Ressourcen in den Gewerkschaften und Kammern. Die Sozialpartner sollten in ihrer Verantwortung aktiv sein. Auch das Dr.-K.-Kummer- oder Renner-Institut könnten hier die nötigen Impulse liefern. ■

Zul.-Nr. GZ 02033683 M